

Protokoll vom 02.03.2010

3 Jahresrechnung 2009

Zur Jahresrechnung werden vom Bürgermeister die Einnahmen und Ausgaben des abgelaufenen Haushaltsjahres erläutert und besonders auf die geringeren Ertragsanteile und die steigenden Ausgaben bei den Transferzahlungen hingewiesen. Die Überschreitungen von mehr als € 75.000,- werden wie folgt begründet:

1) Einnahmen

Wasserversorgung:

Mehr Einnahmen durch höhere Anschlussgebühren; dadurch keine Maastrichtausgleich bei den Einnahmen notwendig;

Abwasserbeseitigung:

Höhere Anschlussgebühren als budgetiert; weniger laufende Einnahmen aus den Benützungsgebühren; geringerer Maastrichtausgleich;

Müllbeseitigung:

Weniger Einnahmen bei der Restmüllgebühr; Mehreinnahmen bei den Anschlussgebühren und geringerer Maastrichtausgleich;

TiwaG-Gebäude:

Der Kauf wurde an der richtigen Stelle verbucht, da das Gebäude vermietet wird; der Budgetansatz ist im Bereich Grundankäufe vorhanden;

Beteiligungen (2/914+869):

Buchung als Maastrichtausgleich

Kommunalsteuer und Erschließungsbeitrag:

Höhere Einnahmen als erwartet;

Ertragsanteile:

Geringere Einnahmen durch die Wirtschaftskrise;

Abwicklung Vorjahre:

Rechnungsergebnis des Vorjahres war zu hoch angesetzt;

2) Ausgaben

Volksschule Sölden:

Einmalige Instandhaltung Gebäude wurde nicht durchgeführt;

Altenheime:

Umbau des Gebäudes wurde noch nicht durchgeführt

Wanderwege:

Es wurde nur ein kleiner Teil gebaut; weitere Investition erfolgt 2010;

Erwerb von Grundstücken:

Der Ansatz wurde für den Ankauf des TIWAG-Gebäudes verwendet;

Wasserversorgung – Gewinnentnahme:

Gewinnentnahme durch hohe Anschlussgebühren;

Schuldentilgung / Abwasserentsorgung:

Höhere Tilgung auf Grund niedrigerer Zinsen bei gleichbleibenden Ratenzahlungen;

Zinsen für Finanzschulden:

Weniger Ausgaben wegen des Zinsverfalls;

Müllbeseitigung:

Die Zufahrt Müllrampe wurde erst 2010 gebaut.

Müllgebühr an Sitzugemeinde:

Die Gebühr ist an falscher Stelle budgetiert.

Entgelt Restmüllentsorgung:

Budgetierung auf falscher HH-Stelle;

Transferzahlung an Betriebe:

Betriebsbeitrag Roppen an falscher HH-Stelle und zu niedrig budgetiert;

Tiwaggebäude:

Ankauf des Gebäudes; Deckung an anderer HH-Stelle gegeben;

Wegbau Mitterhof:

Die Ausführung ist 2010 verschoben worden;

Beteiligungen:

Maastrichtausgleich aufgrund der höheren Anschlussgebühren bei Kanal – Wasser - Müll

GR Michael Falkner als Obmann des Überprüfungsausschusses bedankt sich für die sehr gute Arbeit der Bediensteten insbesondere bei den Kassabediensteten. Die Überprüfung habe ergeben, dass im Jahr 2009 ein Zuwachs bei der Kommunalsteuer und der Grundsteuer B zu verzeichnen war. Die übrigen eigenen Steuern sind gleich geblieben. Die Benützungsgebühren sind um ca. 10 % höher ausgefallen (Erhebungen und Verrechnung erst im Jahr 2009).

Bei den Personalausgaben wurde erhoben, dass im Jahr 2009 wiederum eine Steigerung von 10 % (wie vom Jahr 2007 auf das Jahr 2008). zu verzeichnen war. Die Beschäftigten haben sich von 65,87 auf 70,03 erhöht. In diesem Bereich ist vermehrt darauf zu achten, dass eine jährliche Steigerung von rund 5 % (für Lohnerhöhungen – Vorrückungen – Jubiläumsgaben) nicht mehr überschritten wird.

Er weist auch auf den gesunkenen Verschuldungsgrad von 32,39 % hin und meint, dass dieser für ihn wenig aussagekräftig ist, zumal er im Jahr 2008 wegen einer vorzeitigen Darlehenstilgung wesentlich höher ausgefallen ist. Der derzeitige Schuldenstand betrage rd. 16,697 Millionen Euro.

Bei den Gebührenhaushalten habe im Gemeinderat in der Vergangenheit immer die Meinung geherrscht, dass dieser durch die Anschluss- und Benützungsgebühren getragen werden muss. In der Zukunft müsse daher im Bereich Wasser/Kanal/Müll ausführlich darüber beraten werden und bei der Müllentsorgung die neue Situation (Roppen) auch berücksichtigt werden.

Zum Roten Kreuz weist er auf die Abrechnung des Jahres 2009 hin und meint, dass man sich mit der Bezirksleitung diese noch genauer anschauen muss. Beim Alten-

wohnheim wurde auch 2009 wieder ein Verlust von ca. 137.000 Euro verzeichnet. Auch in diesem Bereich sei einiges zu tun, da sich die Situation und die Anforderungen seit der Eröffnung des Altenheimes gravierend geändert hat.

Bürgermeister Schöpf bedankt sich beim Obmann des Überprüfungsausschusses für die Ausführungen zur Jahresrechnung und weist zur Müllthematik insbesondere auf das offene Restdarlehen für die Deponieerrichtung und die damals angenommene Deponielaufzeit von ca. 30 – 40 Jahren hin. Der Bundesgesetzgeber habe die weitere Deponierung verboten und daher werde nun der Müll nach Lausanne (2009) transportiert und im kommenden Jahr nach Oberösterreich (zur Verbrennung). Die Gemeinde müsse zudem für die Verladestelle in Roppen einen Beitrag leisten, da diese teilweise auch fremdfinanziert wurde.

GV Johann Grüner erkundigt sich, wieviele Gemeindebürger den Biomüll außerhalb von Sölden entsorgen.

GR Lukas Scheiber nimmt dazu Stellung und meint, dass ca. 85 % ordnungsgemäß in Sölden entsorgen und weitere 10 % dies über die HOGAST durchführen. Die restlichen 5 % seien nicht kontrollierbar.

BM Schöpf erklärt dazu, dass gegen diese Vorgangsweise keine rechtliche Handhabe bestehe und es einige Personen gibt, die offensichtlich keinen Biomüll haben bzw. diesen selber deponieren (Komposter).

GV Grüner Hans erkundigt sich zudem, was die Gemeinde hinsichtlich der Wohnanlage Wildmoos zu tun gedenke.

GR Makarius Fender weist diesbezüglich auf die eingeholten Gutachten durch die Raiffeisen Hausverwaltung hin, die im Hinblick auf die Wohnanlage Wildmoos von umfangreichen Sanierungsmaßnahmen (bis zu € 250.000) ausgehen (je nach Wunsch). Da teilweise auch Miteigentümer in der Wohnanlage untergebracht sind, müsse mit allen das Einvernehmen und die Zustimmung hergestellt werden.

Der Bürgermeister erklärt dazu, dass im Vorstand bereits darüber kurz gesprochen wurde und sich die Betroffenen (Gemeinde und Private) heuer nicht darauf einigen müssten, welche Maßnahmen durchgeführt werden. Im Jahr 2011 könnten dann diese Maßnahmen umgesetzt werden.

Zur Erledigung der Jahresrechnung übergibt der Bürgermeister an den Vizebürgermeister Alois Scheiber. Dieser bedankt sich bei der Kassaführung für die geleistete Arbeit und besonders beim Überprüfungsausschuss für die laufenden Prüfungen und die durchgeführte Überprüfung der Jahresrechnung 2009. Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, wird über die Genehmigung der Überschreitungen und über die Genehmigung der Jahresrechnung 2009 abgestimmt.

Der Gemeinderat beschließt, die in der Zeit vom 12.02.2010 bis 26.02.2010 zur öffentlichen Einsichtnahme aufgelegene Jahresrechnung 2009 sowie die Überschreitungen der Einnahmen und Ausgaben zu genehmigen. Die Jahresrechnung 2009 wird mit folgenden Endsummen genehmigt:

	Ordentlicher Haushalt	Außerordentlicher Haushalt
Einnahmen	17.474.063,85	0
Ausgaben	15.651.912,12	0
Rechnungsergebnis	1.822.151,73	0
Kassenbestand	- 627.173,59	

Anschließend an die Erledigung der Jahresrechnung übergibt der Vizebürgermeister wieder den Vorsitz an den Bürgermeister.

4 Änderung des örtlichen Raumordnungskonzeptes

4.1 Beschlussfassung 8. Änderung örtliches Raumordnungskonzept - Re-

visionsflächen (Ablauf Auflagefrist)

Die Änderung der Revisionsflächen wurde im Gemeinderat im November behandelt und zur Einsichtnahme aufgelegt. Im Bauausschuss hat man sich darauf verständigt, dass nicht näher an die gefährdeten Bereiche heran gebaut werden sollte.

Der Gemeinderat beschließt, den in der Zeit vom 24.11.2009 – 22.12.2009 zur öffentlichen Einsichtnahme aufgelegenen Entwurf über die 8. Änderung des örtlichen Raumordnungskonzeptes der Gemeinde Sölden, bestehend aus der Änderung der ergänzenden textlichen Festlegungen (Verordnungstext) und der Erläuterung zur 8. Änderung des örtlichen Raumordnungskonzeptes zu genehmigen.

4.2 Beschlussfassung 9. Änderung örtliches Raumordnungskonzept - Bereich Windau (Ablauf Auflagefrist)

Die Änderung des Raumordnungskonzeptes im Bereich Windau ist notwendig, um die Bautätigkeit und Erschließung für die Widmungswünsche Gstrein Robert/Alois bzw. Gstrein Andreas zu ermöglichen.

Der Gemeinderat beschließt, den in der Zeit vom 16.12.2009 – 13.01.2010 zur öffentlichen Einsichtnahme aufgelegenen Entwurf über die 9. Änderung des örtlichen Raumordnungskonzeptes der Gemeinde Sölden, bestehend aus dem Planungsbe-
reich ORK 9 – Bereich Oberwindau und der Erläuterung zur 9. Änderung des örtlichen Raumordnungskonzeptes zu genehmigen.

4.3 10. Änderung örtliches Raumordnungskonzept - Bereich Obergurgl - Pirchhütt

Zu diesem Punkt berichtet Bürgermeister Schöpf, dass der Wunsch eines Bauherrn Ausgangspunkt für die nun vorliegende Änderung des Raumordnungskonzeptes war.

Ing. Gerhard Gstrein berichtet aus dem Bauausschuss, dass dort mehrfach über den Bereich Pirchhütt/Ochsenkopf diskutiert wurde und nun eine Lösungsmöglichkeit vorliegt, die neben den Privatinteressen auch die öffentlichen Interessen berücksichtigt und ein zukünftiges Siedlungsgebiet der Gemeinde ermöglicht. Die notwendigen Zustimmungserklärungen und Vereinbarungen konnten in kürzester Zeit vorgelegt werden. Somit ergibt sich für alle eine win-win-Situation.

Der Gemeinderat beschließt, den Entwurf über die 10. Änderung des örtlichen Raumordnungskonzeptes der Gemeinde Sölden, bestehend aus dem Planungsbe-
reich ORK 10 – Bereich Obergurgl/Pirchhütt, der Änderung der Planzeichenerklärung, der Änderung der ergänzenden textlichen Festlegungen und der Erläuterung zur 10. Änderung des örtlichen Raumordnungskonzeptes, in der Zeit vom 05.03.2010 – 02.04.2010 zur öffentlichen Einsichtnahme aufzulegen.

Personen, die einen Hauptwohnsitz in der Gemeinde haben, und Rechtsträger, die in der Gemeinde eine Liegenschaft oder einen Betrieb besitzen, steht das Recht zu, bis spätestens eine Woche nach dem Ablauf der Auflagefrist eine schriftliche Stellungnahme zum Entwurf abzugeben.

5 Widmungsänderung im Bereich Cafe Philipp

Zum Tagesordnungspunkt „Cafe Philipp“ weist der Bürgermeister darauf hin, dass eigentlich keine Punkte behandelt würden, die noch nicht konkret im Bauausschuss behandelt wurden. Da jedoch hier das öffentliche Interesse an der Errichtung des Schrägaufzuges mit Situierung beim Cafe Philipp gelegen ist, wurde von dieser Vorgangsweise eine Ausnahme gemacht. Die konkreten Planunterlagen liegen derzeit noch nicht vor. Eine Kundmachung ist somit erst möglich, wenn der Raumplaner die notwendigen Pläne erstellt hat.

Yvonne Fiegl möchte in diesem Zusammenhang Umbauten beim Cafe Philipp machen, was jedoch nur bei einer einheitlichen Bauplatzwidmung möglich ist.

GV Hans Grüner erklärt, dass man einige Punkte nicht auf die Tagesordnung gesetzt hat, weil diese noch nicht endgültig bearbeitet wurden. Bei den Bahnen werde hier eine Ausnahme gemacht und er weise darauf hin, dass die Gemeinde solche Vorhaben vordringlich erledigt.

6 Anträge, Anfragen, Allfälliges

Wortmeldung GR Gstrein Gerhard:

GR Ing. Gstrein meldet sich zu Wort und spricht als Obmann des Bauausschusses den Dank an alle Mitglieder aus, die in 52 Sitzungen (halbtägig) viel Zeit und Freizeit eingebracht hat. Nach einem etwas holprigen Start habe die Zusammenarbeit und Diskussion sehr gut funktioniert. Er weist hin, dass die Gemeinderäte viel Zeit (bei ihm waren es 30 Urlaubstage) für die Allgemeinheit geopfert haben. Eine Entschädigung dafür erhalte ausgenommen von Bürgermeister und Vizebürgermeister niemand.

GV Hans Grüner meint, dass jeder bereit ist, diese Arbeit in der Freizeit ohne Entschädigung zu machen; bei GR Makarius Fender stellt er dies in Frage.

Der Bürgermeister erklärt, dass GR Fender für seine Tätigkeit als Gemeinderat keine Dienstzeit in Anspruch nimmt (ausstempeln). Er dankt allen Bauausschussmitgliedern, aber auch den Mitgliedern der weiteren Ausschüsse. Er habe die Arbeit immer sehr geschätzt, auch wenn unterschiedliche Meinungen geherrscht haben und man habe sich trotzdem wieder zusammengesetzt. Er dankt auch jenen Gemeinderäten, die sich jetzt aus dieser Tätigkeit zurückziehen.